

Familie und Beruf besser vereinen

CHANCEGLEICHHEIT: Projekt „Charta der Werte“ präsentiert – Qualität des Arbeitsplatzes für Frauen steigern

BOZEN (bfc). Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere für Frauen: Das ist Grundlage des Projektes „Charta der Werte“, das gestern an der Universität von Bozen im Rahmen einer Tagung vorgestellt wurde.

Das Projekt, das vom Verband Netzwerk Frauen-Arbeit in Zusammenarbeit mit der Landesabteilung Arbeit, dem Arbeitsförderungsinstitut AFI/IPL und der Universität Bozen realisiert wurde, zielt darauf ab, die Beschäftigungsrate von Frauen in Südtirol zu verbessern. Dies aber nicht nur im Bezug auf die Anzahl der beschäftigten Frauen, sondern vor allem auf die Qualität des Arbeitsplatzes. Maßgeb-



An mittel- und langfristigen Visionen zur Vereinbarung von Beruf und Familie fehlte es noch, wurde auf der Tagung erklärt.

lich am Projekt mitgearbeitet haben Federica Viganó vom Beirat der Chancengleichheit der

Uni Bozen sowie Giovanni Lombardo, Professor der Universität Genua.

Für das Projekt wurden Interviews mit Managern und Personalleitern sowie Experten aus Wirtschaft und Arbeitnehmerverbänden geführt. Die Ergebnisse besagen, dass Südtirol im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gut dasteht, es aber an mittel- und langfristigen Visionen bezüglich der Chancengleichheit mangelt. Die „Charta der Werte“ baut auf diesen Analysen auf und versucht für Unternehmen Anregungen, aber auch konkrete Methoden aufzuzeigen, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen.

Landesrätin Martha Stocker lobte in ihrer Ansprache Initiativen wie diese. „Die Ergebnisse

können eine große Hilfe für meine Arbeit in der Landesregierung sein. Auf dieser Basis können neue Bestimmungen auf den Weg gebracht werden“, sagte Stocker.

Danilo Festa, Generaldirektor des Ministerium für Arbeit in Rom, erklärte im Rahmen der Tagung die Position der italienischen Regierung im Bezug auf Geschlecht und soziale Verantwortung. Er hob hervor, dass „die italienische Regierung Anliegen der sozialen und ökonomischen Gleichstellung in das Programm für die Europaratspräsidentschaft aufgenommen hat.“ Dies sei erstmals der Fall. Somit nehme man eine Vorreiterrolle ein.